

Marktwirtschaft.



Zeichnung: Heiko Sakurai

- | | |
|--|--|
| <p>02 Marktversagen und/oder Staatsversagen!?
Editorial von Bernd Raffelhüschen</p> <p>03 Tagung mit EU-Kommissarin Meglena Kuneva
Thema Verbraucherpolitik in Brüssel</p> <p>04 Jahrestreffen der Stiftung in Kronberg
Andrea Nahles als Hauptrednerin zu Gast</p> <p>06 Reform des Finanzföderalismus in Deutschland
Neue Studie von Clemens Fuest und Michael Thöne
stellt vertikales Finanzausgleichsmodell vor</p> <p>07 Lehren der Finanzmarktkrise
Neue Studie des Kronberger Kreises</p> | <p>08 Neues Einkommensteuergesetz
Kommission „Steuergesetzbuch“
präsentiert Gesetzentwurf</p> <p>10 Reform der Pflegeversicherung –
Zurück auf Los
Neue Publikation in der Reihe
<i>Argumente zu Marktwirtschaft und Politik</i></p> <p>11 Generation-D
Ideenwettbewerb für Studierende
Einsendeschluss am 31. Juli 2009</p> <p>12 Zur Person / Zu guter Letzt</p> |
|--|--|

Marktversagen und/oder Staatsversagen!?

Editorial von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft



Man malt gern Schwarz in unserem Land, das trotz Krise immer noch das reichste Deutschland ist, das es jemals gegeben hat. Und auch allen verteilungspolitischen Unkenrufen zum Trotz – es haben alle durch die soziale Marktwirtschaft profitiert: Die Armen wie die Reichen, die Rentner wie die Erwerbstätigen, die Ost- wie

die Westdeutschen, die Arbeitnehmer wie die Arbeitgeber – allen geht es von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer besser.

Darüber hinaus sei an eine weitere unpopuläre Tatsache erinnert: Nicht der Individualismus und die Marktwirtschaft, sondern der Kollektivismus und die Planwirtschaft, egal ob in roter oder brauner Einfärbung, haben unser Land und die Welt in die größten Katastrophen geführt. Umso verwunderlicher ist die gegenwärtige Diskussion um die Akzeptanz der Marktwirtschaft und das Wiederaufleben eines unsäglichen Neo-Kollektivismus – als ob der Staat so gar nichts mit dieser Krise zu tun habe und uns als großer Heilsbringer gar aus ihr herausführen werde. Mitnichten, denn aus dieser Krise heraus, die (ad 1) nicht eine sondern drei sind, kann es (ad 2) nur einen Weg geben: verbesserte ordnungspolitische Rahmenvorgaben und effizientere staatliche Aufsicht bei weiterhin freiem Spiel der Märkte innerhalb dieses Regelwerkes und zum Nutzen aller.

Ad 1 – Ein Wort zu der Krise: Das Ausmaß der gegenwärtigen Krise beruht im Grunde auf einem Zusammentreffen bzw. einer Abfolge von Finanzkrise, konjunktureller Abschwungphase und einer internationalen Strukturkrise der Automobilwirtschaft und ihrer Zulieferer. Dass diese Krisen sich offenbar gegenseitig verstärken, ist nicht zufällig, aber quantitativ wenig vorhersehbar. Wer wissen will, wie hoch die Amplitude ausschlägt und wo der Wendepunkt liegt, der möge sich bitte vertrauensvoll an die älteren Damen mit der Glaskugel wenden. Aus wissenschaftlicher Sicht kann nur eines mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit prognostiziert werden: Für die meisten war dies weder die letzte noch die erste Rezession. Anders als bei der Konjunktur verhält es sich mit der Finanzkrise – so etwas ist uns in diesem globalen Ausmaß bislang noch nicht untergekommen. Retrospektiv wissen wir, dass der Ausgangspunkt in einer verfehlten Sozial- und Geldpolitik der Clinton-Administration lag und die hierdurch induzierte Immobilienblase nicht aufgrund

mangelnder, sondern eher schlecht durchgeführter Regulierung auf den deutschen Bankensektor überschwappte. Getroffen hat es beide Hälften unseres Bankensektors – die staatlichen Landesbanken, KfW oder IKB, genauso wie z.B. die private Hypo Real Estate.

Bekannt müsste dem geneigten Leser die dritte Krise vorkommen: Überkapazitäten wurden nämlich auch schon in der Vergangenheit mit dem Marktaustritt einiger zu Gunsten der Verbleibenden gelöst. Hiervon wird die deutsche Betriebsstätte von GM nicht verschont bleiben, denn seit Jahren schon werden zu viele Modelle bei zu geringem Absatz produziert. Im Übrigen ist dies durch Abwrackprämien nur hinauszuschieben und nicht aufzuhalten.

Ad 2 – Ein Wort zum Ausweg: Die Frage, was zu tun ist, muss spezifisch auf die drei komplett unterschiedlichen Facetten der Wirtschaftskrise abgestellt werden. Hinsichtlich der Finanzkrise sind die politischen Entscheidungen im Wesentlichen richtig. Allerdings muss aus präventiver Sicht die Rolle der Rating-Agenturen hinterfragt werden. Der Stempel der Anlagensicherheit sollte eben nicht von globalen Wirtschaftsunternehmen ohne Transparenz und staatliche Aufsicht und vor allem nicht ohne jegliche Konsequenz bei einer Fehlentscheidung vergeben werden dürfen. In diesem Zusammenhang sowie auch bei der Risikoüberprüfung der Anlagestrukturen und der Bonus-Systeme des Managements haben der Markt selbst sowie die Marktaufsicht schlicht versagt. Gleiches gilt aber auch für die Medien.

Was die Konjunktur angeht, dürfte die stoische Variante der ruhigen Hand dem hektischen Neo-Keynesianismus deutlich überlegen sein. Wohlgedenkt, das heißt nicht, dass wir nicht längst überfällige Steuerstrukturreformen oder Infrastrukturinvestitionen vorziehen sollten. Als reines Strohfeder zu Lasten zukünftiger Steuerzahler entpuppen sich allerdings die Abwrackprämie, einmalige Steuergeschenke oder gar die viel gelobte Bildungsoffensive durch Sanierung der Schulen: Die eine Hälfte davon werden wir dann nämlich saniert schließen – wegen Schülermangels.

IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft
 V.i.S.d.P.: Susanna Hübner
 Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de
 ISSN: 1612-9725

Verbraucherpolitik in der EU: Markt oder Regulierung?

EU-Kommissarin Meglena Kuneva zu Gast bei der Stiftung in Brüssel

Wie mündig sind die Verbraucher? Wie viel Schutz benötigen sie angesichts komplexer werdender Produkte und für Laien kaum erkennbarer, teils auch versteckter Risiken? Kann und soll der Staat regulierend eingreifen, um die Rechte der Verbraucher zu stärken und sie vor schlechten Produkten zu schützen? Und wann ist die Grenze des Sinnvollen überschritten? Schließlich hemmt ein Übermaß an staatlichen Vorschriften und bürokratischer Reglementierung die Innovationsfähigkeit und Dynamik der Wirtschaft. Eigenverantwortung wird zum „Fremdwort“, wenn ein überfürsorglicher Staat vorgibt, alle Risiken und Gefahren von seinen Bürgern fernhalten zu können. Und nicht zuletzt stellt sich im zusammenwachsenden Europa die Frage, welche staatliche Ebene für Verbraucherschutz und Verbraucherpolitik zuständig sein soll – die Europäische Union oder die Mitgliedstaaten?



Dr. Koch-Mehrin, Dr. Zumpfort, EU-Kommissarin Kuneva, Prof. Dr. Reisch, Prof. Dr. Eilfort (von links)

Gemeinsam mit der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit hat die Stiftung Marktwirtschaft Ende März zu einer Veranstaltung in Brüssel eingeladen, auf der über diese Fragestellungen diskutiert wurde. Mit Meglena Kuneva, EU-Kommissarin für Verbraucherschutz, Dr. Silvana Koch-Mehrin, Vorsitzende der FDP im Europäischen Parlament, und der Expertin für Verbraucherpolitik, Prof. Dr. Lucia Reisch von der Copenhagen Business School, war das Podium zugleich hochkarätig wie sachkundig besetzt.

In ihrem Vortrag hob Verbraucherschutzkommissarin Meglena Kuneva unter anderem die positive Bedeutung einer einheitlichen europäischen Verbraucherpolitik vor dem Hintergrund des Binnenmarktes hervor, da grenzüberschreitende Transaktionen auf Basis einheitlicher Regelungen erleichtert würden. Dr. Koch-Mehrin warnte hingegen davor, den Gedanken des Ver-



EU-Kommissarin Meglena Kuneva

braucherschutzes zu weit zu treiben. Durch ein Übermaß an staatlicher Regulierung und staatlichen Vorgaben würden die Bürger nur gegängelt und ihrer Freiheit beraubt. Verbraucherpolitik solle daher die Informationsbereitstellung in den Vordergrund rücken, die endgültigen Entscheidungen jedoch den Konsumenten überlassen. Prof. Dr. Lucia Reisch erläuterte, dass Konsumententscheidungen in der Regel vom jeweiligen Umfeld abhängen und nur selten kognitiv bewusst gesteuert würden. Daher gebe es durchaus Spielraum, durch eine moderne Verbraucherpolitik Wohlfahrtssteigerungen zu realisieren. Die Frage sei weniger, ob Verbraucherpolitik sinnvoll sei, sondern wie sie auszugestaltet ist, um den Interessen der Bürger zu dienen.



Ein Tagungsbericht folgt in Kürze.

Eine weitere Veranstaltung der Stiftung Marktwirtschaft zum Thema „Verbraucherpolitik“: „Finanz-TÜV für die Geldanlage: Wie viel Schutz brauchen die Bürger?“ fand am 26. Mai 2009 in Berlin statt.

Näheres dazu finden Sie unter www.stiftung-marktwirtschaft.de

Jahrestreffen der Stiftung Marktwirtschaft in Kronberg

Stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Andrea Nahles zu Gast

Zum ersten Mal eröffnete der Stiftungsratsvorsitzende Professor Theo Siegert die Frühjahrssitzung für Freunde und Förderer der Stiftung nicht an einem 1. Mai, sondern am Abend des 17. April. Das traditionelle Jahrestreffen in Kronberg wurde aufgrund bekannter anderweitiger Mai-Verpflichtungen der Hauptrednerin vorgezogen. Erstmals unter den Gästen war Prof. Dr. Lars P. Feld, der den Kronberger Kreis als neues Mitglied ergänzt. Der Volkswirt ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Auch der Präsident des Bundeskartellamtes, Dr. Bernhard Heitzer, der im vorausgegangenen Jahr Hauptredner des Jahrestreffens war, fand abermals den Weg nach Kronberg.

Professor Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, versprach in seiner Begrüßung, „weiterhin mit fröhlicher Penetranz für die an sich gute Sache Marktwirtschaft zu werben, die derzeit zum Sündenbock gemacht wird.“ Man werde beispielsweise dranbleiben am Thema Arbeitsmarkt, genauer den Geringqualifizierten, mit denen sich der Kronberger Kreis derzeit beschäftige, am Thema Staatsverschuldung, bei dem die Stiftung Marktwirtschaft mit der Generationenbilanz und dem Bild des Ehrbaren Staates bereits ein Markenzeichen geprägt habe. Die Stiftung habe durch jahrelanges Werben dazu beigetragen, dass eine Einführung der Schuldenbremse möglich geworden sei. Der Vorstand kündigte an, in Zukunft auch den Bereich Ressourcen und Energie durch eine neue Mitarbeiterin, Volkswirtin Dr. Verena Mertins, zu verstärken.



Beim Abendessen im Roten Salon des Kronberger Schlosshotels.

Eilfort machte darauf aufmerksam, dass es sich bei der Bundestagswahl 2005 noch um einen Reformwahlkampf gehandelt habe, in 2009 aber jeder Reformanspruch verlorengegangen scheine, z.B. was eine Steuervereinfachung betrifft: „Viel Klientelpolitik, wenig System.“ Dabei helfe es ohnehin nicht, Geschenke zu versprechen, an die keiner glaube. Wichtiger sei, durch Steuervereinfachung und

Transparenz ein neues Band zwischen Politik und Bürger zu knüpfen, auch im Sinne einer Forderung von Andrea Nahles. Die Menschen müssten verstehen können, wann welche Steuern gezahlt und wozu sie verwendet würden – bis hin zur kommunalen Ebene.



Das Ende letzten Jahres vorgestellte Einkommensteuergesetz der Kommission „Steuergesetzbuch“ reduziere das bestehende Regulierungsvolumen bereits um 80 %. Es basiere auf den Grundsätzen, Ertrag statt Substanz zu besteuern und Vereinfachung noch über Entlastung zu stellen sowie Strukturen über Sätze. „Die Stiftung Marktwirtschaft ist derzeit die einzige Institution, die sich in diesem Punkt durchgehend klar positioniert,“ so Eilfort.

Den Höhepunkt des Abends stellte der Besuch der stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden Andrea Nahles dar, die gleich zu Beginn ihrer Ansprache mit einer Recherche zum Kronberger Kreis aufwartete. Sie sei dabei auf die Formel „Mehr Mut zum Markt“ gestoßen, was ihrer Meinung nach „sehr gut in diese Zeit passe“. Daraus ergäbe sich ihrer Ansicht nach die Frage, wie der Markt wieder zum Funktionieren gebracht werden könne. Anschließend zitierte sie ein weiteres Mal die Gastgeber und bezog sich auf die Forderung nach mehr Freiheit, Verantwortung und Wettbewerb, wobei sie einen Schwerpunkt auf das Thema Verantwortung setzte. Nahles differenzierte zwischen individueller und gemeinsamer Verantwortung, bei der sie den Begriff der „organisierten Verantwortungslosigkeit“ herausstellte. Hier könne sie nicht einen einzigen Schuldigen ausmachen, sondern vielmehr handele es sich um das „Zusammentreffen von finanzwirtschaftlichen Ritualen und Gewohnheiten.“



V. l. n. r. : Klaus Nimtz, Prof. Dr. Theo Siebert, Andrea Nahles, Dr. Martin Peltzer, Michael Eilfort, Rosely Schweizer, Dr. Ulrich Weiss

„Wie können wir künftig ökonomische Eliten mit Führungsfähigkeit ausbilden?“ fragte sie in die Runde. Hinsichtlich offener ökonomischer Fragen habe sie bei der Stiftung Marktwirtschaft „gute Schriften“ gefunden, die „einige interessante gemeinsame Ansatzpunkte“ aufzeigen würden, z.B. eine Mindesttransparenz bei verschiedenen Anlageformen. Nahles plädierte für eine europäische Ratingagentur. Wenn es darum ginge, zwischen der Trockenlegung von Steueroasen und der Begrenzung von Managergehältern zu wählen, läge ihre Priorität zwar bei der Abschaffung von Steueroasen, die Menschen in ihrer Bürgersprechstunde legten aber Wert auf Einkommensgrenzen bei Managern.

„Das ist nicht meine Priorität“, so Nahles, da sie es nicht für den „eigentlichen Knackpunkt“ halte. Ihr Ziel sei ein „verantwortlicher Kapitalismus“, auch wenn das manchen Zuhörer vielleicht überraschen werde. Sie halte den Markt trotz Instabilität für „effektiv und anderen Formen von Ökonomie in vielerlei Hinsicht haushoch überlegen, es brauche aber Regeln.“

Als Arbeitsmarktpolitikerin halte sie auch die Forderung ihrer Partei, das Arbeitslosengeld I zu verlängern, für den falschen Ansatz. Wichtiger sei es, „die Leute länger im Betrieb zu halten.“ Zum Thema Steuerreform und Vereinfachung verwies die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende auf den Vorschlag ihrer Partei, bei Nichteinreichen einer Steuererklärung mit 300 Euro belohnt zu werden.

Am Ende eines angeregten Austauschs übergab Siebert der SPD-Politikerin zum Dank eine Oxford-Edition der „Poetical Works“ von Walter Scott aus dem Jahr 1904, einem schottischen Bestsellerautor um 1800 und Erfinder des Historienromans – das Dissertationsobjekt der Literaturwissenschaftlerin. „Wäre es 2005 nicht zur vorgezogenen Bundestagswahl durch ihren Parteikollegen Gerhard Schröder gekommen,“ mutmaßte Siebert mit Blick auf die jüngste politische Geschichte, „dann wäre die Arbeit sicherlich bereits vollendet.“



Prof. Dr. Theo Siebert übergab Andrea Nahles zum Dank auch eine Oxford-Edition der „Poetical Works“ von Walter Scott.



Dr. Verena Mertins verstärkt das Team der Stiftung Marktwirtschaft

Dr. Verena Mertins, geboren 1980 in Hamburg, hat von 1999-2004 an den Universitäten Göttingen und Poitiers/Frankreich Volkswirtschaftslehre auf Diplom studiert. Von 2004 bis 2008 promovierte sie bei Prof. Dr. Kilian Bizer am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Mittelstandsforschung an der Georg-August-Universität Göttingen zum Thema „Institutionenökonomische Analyse von Innovationsförderung: Eine theoretische und empirische Betrachtung am Beispiel Niedersachsens“.

Reform des Finanzföderalismus in Deutschland

Neue Studie der Stiftung Marktwirtschaft stellt vertikales Finanzausgleichsmodell vor

Der Finanzföderalismus in Deutschland steht seit langem in der Kritik. Zu wenig Steuerautonomie für die Bundesländer, ein überkomplexer und intransparenter Finanzausgleich, der den Ländern kaum Anreize zu einer guten Wirtschafts- und Standortpolitik gibt, und eine seit Jahrzehnten zu beobachtende Tendenz zu immer höherer Verschuldung aller föderalen Ebenen sind seine drei hervorstechendsten Probleme. Mit der Einigung auf eine Schuldenbremse in der Föderalismuskommission II wurde zwar ein wichtiger Grundstein für langfristig solide Staatsfinanzen gelegt, der Handlungsdruck hinsichtlich der beiden übrigen Problemfelder wurde dadurch aber noch erhöht. Da die Bundesländer über so gut wie keine Steuerautonomie verfügen, können sie aufgrund des zukünftigen Schuldenverbots ihre Einnahmen kaum noch an unvorhersehbare Ausgabenveränderungen anpassen.

In ihrer neuen Studie ‚Reform des Finanzföderalismus in Deutschland‘, die Anfang Mai 2009 in Berlin vorgestellt wurde, analysieren die Autoren Prof. Dr. Clemens Fuest (Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium) und Dr. Michael Thöne (Geschäftsführer des FiFo Köln) im Auftrag der Stiftung Marktwirtschaft nicht nur die Defizite des deutschen Finanzföderalismus. Sie entwickeln darüber hinaus einen modular aufgebauten, umsetzungsorientierten Reformvorschlag, der als Blaupause für die weitere Modernisierung des Finanzföderalismus dienen könnte. Ihr vertikales Reformkonzept (vgl. Abbildung rechts) führt zu deutlich mehr Steuerautonomie für die Bundesländer, die u.a. ein eigenes Zu- bzw. Abschlagsrecht bei der Einkommensteuer erhalten. Darüber hinaus lässt der neustrukturierte vertikale Finanzausgleich den Ländern deutlich mehr von zusätzlichen eigenen Steuereinnahmen als das gegenwärtige System mit Abschöpfungsquoten von teilweise über 100 Prozent.

Trotz dieser Vorteile entstammt das Konzept nicht dem wissenschaftlichen Elfenbeinturm, sondern ist auch mit Blick auf eine zügige politische Umsetzbarkeit konzipiert. Denn zum einen wird der bis 2019 laufende Solidarpakt II nicht in Frage gestellt. Zum anderen gibt es so gut wie keine

Verlierer im Vergleich zum Status quo, da sich die jeweilige Finanzausstattung der Länder durch die Reform zunächst kaum ändert. Alles in allem könnte der Vorschlag daher zu einer Revitalisierung des Finanzföderalismus beitragen, von der alle Bürger profitieren.

Das Vertikalmodell zur Reform des Finanzausgleichs im Überblick

Autonome Ländersteuern <ul style="list-style-type: none"> • Grunderwerbsteuer • Ländereinkommensteuer 32 Mrd. €	Einkommensbezogene Gemeinschaftsteuern <ul style="list-style-type: none"> • Restl. Länderanteile Einkommensteuer 79 Mrd. €	↓
Vertikale Grundausrüstung <ul style="list-style-type: none"> • 50% nach Einwohnern • 50% nach BIP 110 Mrd. €		
Vertikaler Finanzausgleich <ul style="list-style-type: none"> • Pro-Kopf-Auffüllung auf 2.920 € (exogen fixiert) • Pro-Kopf-Auffüllung Stadtstaaten um zusätzliche 1.000 € (exogen fixiert) 31,5 Mrd. €		↓
Übernahme der Sonderbedarfs-BEZ <ul style="list-style-type: none"> • Politische Führung 0,5 Mrd. € • Einigungs-Sonderlasten 10 Mrd. € • Strukturelle Arbeitslosigkeit 1 Mrd. € 		

Alle monetären Angaben beziehen sich auf 2008.

BEZ = Bundesergänzungszuweisungen

Quelle: Eigene Berechnungen.

Clemens Fuest und Michael Thöne
Reform des Finanzföderalismus in Deutschland

Kleine Handbibliothek, Band 37, April 2009

ISBN 3-89015-107-8

Kronberger Kreis zieht Lehren aus der Finanzmarktkrise

Neue Studie nennt die Ursachen und die Schuldigen und erklärt, was in Zukunft zu tun ist

Trotz umfangreicher Rettungspakete für die Banken will kein Vertrauen und damit Ruhe an den Börsen aufkommen. Das Platzen von Finanzblasen hat zu einem Einbruch des wirtschaftlichen Geschehens geführt, welches wiederum das wirtschaftliche Umfeld der Banken ständig verschlechtert. In seiner jüngsten Studie greift der Kronberger Kreis – der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft – die Finanzkrise auf und analysiert, welche Lehren aus ihr zu ziehen sind. Nach Auffassung der Professoren Juergen B. Donges, Johann Eekhoff, Lars P. Feld, Wolfgang Franz, Wernhard Möschel und Manfred Neumann lässt sich die Dynamik der Finanzmarktkrise nicht durch ständige Geldspritzen bremsen. Leichtsinnes Verhalten von Bankleitungen hat sicherlich zur derzeitigen Finanzmarktkrise beigetragen. An der Abwärtsspirale der Finanzmärkte, Finanzinstitutionen, Wertpapierpreise und Bilanzen hat das bestehende System der Bankenregulierung erheblichen Anteil. Nur mit einer umfassenden Neujustierung der Regulierung auf den Finanzmärkten kann die Stabilität von Zahlungs- und Kreditbeziehungen in der Marktwirtschaft wieder hergestellt werden.

Weltweit wird zu prüfen sein, was an den bestehenden Regulierungen zu ändern ist, um die Entstehung von Krisen künftig weniger wahrscheinlich werden zu lassen. Ebenso kritisch sind die nationalen Aufsichtsbehörden zu durchleuchten, um herauszufinden, warum sie die Entwicklung der Krise nicht frühzeitig erkannten und die Dinge ihren Lauf haben nehmen lassen, anstatt die Exekutive zu alarmieren.

Die bestehende Bankenregulierung bedarf der Veränderung. Es darf keinen Anreiz geben, hochriskante Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanz zu führen. Nur wenn sämtliche Gesellschaften konsolidiert, also in die Bilanz genommen werden, besteht der heilsame Zwang, entweder für mehr Eigenkapital zu sorgen oder die Kreditexpansion in engeren Grenzen zu halten. Es empfiehlt sich, den Banken einen klaren Anreiz zum Konsolidieren zu setzen. Er wäre gegeben, wenn Kreditzusagen an nicht konsolidierte Zweckgesellschaften in gleichem Maße mit Eigenkapital zu unterlegen wären wie eigene Aktiva vergleichbaren Risikos.

Im Hinblick auf die wünschenswerte größere Transparenz der Finanzmärkte erscheint es sinnvoll, ergänzend zur monatlichen Bankenstatistik eine gesonderte statistische Berichterstattung von Banken und anderen Fi-

nanzinstitutionen über die Aktiv- und die Passivgeschäfte sämtlicher Zweckgesellschaften einzuführen, denen sie mit Kredit- oder Liquiditätszusagen verpflichtet sind. Ebenso empfiehlt sich die vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgeschlagene Schaffung eines europäischen Kreditregisters durch Harmonisierung der bestehenden nationalen Register.

Die enge internationale Vernetzung und die Schnelligkeit der Marktprozesse machen es unabdingbar, die Regulierung und Aufsicht in enger europäischer Kooperation zu betreiben. Zu den dafür nötigen Schritten gehört auch, dass die Bankenaufsicht in Deutschland vereinheitlicht wird.

Die Autoren der Studie des Kronberger Kreises:



Juergen B. Donges



Johann Eekhoff



Lars P. Feld



Wolfgang Franz



Wernhard Möschel



Manfred J.M. Neumann

KRONBERGER KREIS

Lehren der Finanzmarktkrise

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 106, Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.), Berlin 2009.

Zum Herunterladen auf:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Neues Einkommensteuergesetz bringt Steuervereinfachung

Kommission „Steuergesetzbuch“ präsentiert Gesetzestext im Bundestag

„Steuervereinfachung ist ein unerfülltes Versprechen, aber kein unerfüllbares Anliegen. Vereinfachung ist machbar – am besten mit einem stimmigen Wurf, wie er nun vorliegt“.

Mit diesem Appell an die Politik eröffnete Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Ende 2008 das Symposium zur Reform der Einkommensteuer. In einem der großen Fraktionssitzungssäle im Reichstagsgebäude hatten sich die Referenten aus der Kommission „Steuergesetzbuch“, Steuerexperten aus dem Parlament sowie ein breites Fachpublikum zusammengefunden. An der Debatte beteiligen sich u.a. Friedrich Merz (CDU), Christine Scheel (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Hermann Otto Solms (FDP).

Als Kommissionsvorsitzender oblag es Prof. Dr. Joachim Lang, die Einzelheiten des Gesetzestextes zu erläutern: Anstelle von Tarifvorschlägen stünde *die richtige Bemessungsgrundlage* im Vordergrund. Der gesunde Kern des deutschen Einkommensteuerrechts werde bewahrt und eine Besteuerung entsprechend der Leistungsfähigkeit angestrebt. Soweit es das Verfassungsrecht ermöglicht, sei das Ziel des Entwurfs – mit Hilfe von Typisierung, Pauschalierung und Vereinfachungsnormen, wie z.B. einer Reduktion auf nur vier Einkunftsarten – eine deutliche Vereinfachung des Steuerrechts. Die über 60 Ausnahmetatbestände im bisherigen Recht entfielen nahezu vollständig. Eine generelle Prinzipientreue gewährleiste im Gegenzug Klarheit und Rechtssicherheit.

Kommissionsmitglied Prof. Dr. Heinz-Jürgen Pezzer, Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof, unterstrich die Bedeutung einer deutlich verringerten Klageanfälligkeit des vorgelegten Entwurfes. Heute sei die Judikative durch inkonsistente Regelungen enorm gebunden, etwa wenn es



Prof. Dr. Michael Eilfort im Gespräch mit Thorsten Alsleben vom ZDF.



Friedrich Merz MdB

um „haarfeine terminologische Spitzfindigkeiten“ im aktuellen Recht ginge. Prof. Dr. Roman Seer präsentierte die Kommissionsvorschläge für ein vereinfachtes Steuerungsverfahren, das auf dem Weg eines elektronisch übermittelten Entwurfes aus dem Finanzamt dem Bürger die *Steuererklärung per Mausclick* ermögliche.

In der sich anschließenden Debatte wurde vor allem die politische Perspektive einer Einkommensteuerreform thematisiert. Unionspolitiker Friedrich Merz dankte der Stiftung Marktwirtschaft dafür, dass sie mit diesem Entwurf eine wegweisende Grundlage für eine dringend notwendige Reform zur Verfügung stelle. Auch Christine Scheel von den Grünen lobte die Vorlage als „Super-Arbeit“, die in ihrer Fraktion diskutiert werden wird. Merz betonte, der Kommissionsentwurf müsse zu einem Baustein eines neuen, in sich geschlossenen Systems der Ertragsteuern werden. Die bisher von der Stiftung Marktwirtschaft vorgelegten Entwürfe zur Unternehmensbesteuerung, zur Kommunalfinanzierung sowie nun auch zur Einkommensteuer seien für das Land „besser als alle Konjunkturprogramme“. Die Chance zur Umsetzung komme in der nächsten Wahlperiode.

Kommission „Steuergesetzbuch“

Entwurf eines Einkommensteuergesetzes, Berlin 2008, auch zum Herunterladen auf: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Medien zum Gesetzentwurf der Kommission „Steuergesetzbuch“

vom 14.11.2008

Wirtschafts Woche

Michaela Hoffmann

Bei der Veranstaltung im Bundestag, an der auch Friedrich Merz teilnahm, diskutierten „auf Einladung der Stiftung Marktwirtschaft Experten über das Thema Steuervereinfachung.“ „Das Steuerkonzept [der Kommission „Steuergesetzbuch“] ist das Kontrastprogramm zu dem, was die Regierung innerhalb der ersten drei Jahre gemacht hat“, zitiert Michaela Hoffmann von der Wirtschaftswoche den „Erfinder der Steuererklärung im Bierdeckelformat“.

Handelsblatt

Donata Riedel

„Dass in Deutschland ein einfaches, gerechtes und verständliches Steuersystem möglich sei, habe die Kommission „Steuergesetzbuch“ der Stiftung Marktwirtschaft jetzt bewiesen“, zitiert Donata Riedel vom Handelsblatt den CDU-Politiker Friedrich Merz. Die Journalistin gibt kritisch zu bedenken, dass einige Punkte im Konzept jedoch offengelassen wurden. Es wird eine Senkung des Abgeltungsteuersatzes auf 17 Prozent gefordert, aber die Frage, wie die „Milliarden an Steuerausfällen“ ausgeglichen werden sollen, bleibt unbeantwortet. „Dies müsse die Politik entscheiden“, heißt es im Gesetzesvorschlag.

Kölner Stadt-Anzeiger

Stefan Sauer

Die Grundsätze des Steuerreformvorschlags der Kommission „Steuergesetzbuch“ gibt Stefan Sauer vom Kölner Stadt-Anzeiger mit den Worten von Joachim Lang wieder: „Eine Fundamentalreform zur Vereinfachung des Einkommensteuerrechts kann nicht gelingen, wenn sie mit einem Entlastungsversprechen einhergeht“ und „Vereinfachung ist durch Prinzipientreue unter Wegfall aller Ausnahmen erreichbar“. Zur praktischen Relevanz des Vorschlages zitiert der Autor Michael Eilfort, dass der Entwurf „ohne Krieg, ohne Revolution und ohne Wahldebakel umsetzbar“ sei.



Der Vorsitzende der Kommission „Steuergesetzbuch“, Prof. Joachim Lang.

Börsen-Zeitung

Stephan Lorz

Zu dem von der Stiftung Marktwirtschaft vorgelegten Entwurf eines neuen Einkommensteuergesetzes schreibt Stephan Lorz in der Börsen-Zeitung, dass „eine generelle Prinzipientreue für mehr Klarheit beim Steuerpflichtigen“ Sorge und die Rechtssicherheit erhöhe. Dazu zitiert Lorz den Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Michael Eilfort: „Mit diesem Gesetz wird das Steuerverfahren für jeden transparent und gerecht“. Denn die Regelungsmasse des bisherigen Gesetzes wird laut Joachim Lang, dem Vorsitzenden der Kommission, um 80% reduziert.



Redaktion: Jens Wylkop

„Die Steuererklärung per Mausclick könnte in Zukunft entscheidend dazu beitragen, das Steuerverfahren für die Bürger einfacher, gerechter und transparenter zu machen“, erklärt das Rechtsportal Jura Forum zum Entwurf der Kommission „Steuergesetzbuch“.

„Der Entwurf der Kommission „Steuergesetzbuch“ verfolge damit das Ziel, den Wandel einzuleiten vom überkommenen hoheitlichen Veranlagungsverfahren zur kontrollierten Selbstregulierung.“ Vorteile sieht das Internetportal für Juristen beim Gesetzentwurf viele: „Es beschleunigt das Veranlagungsverfahren deutlich, es ist eine Serviceleistung der Finanzbehörde und es motiviert dadurch auch die Bürger, ihre Pflicht zur Mitwirkung möglichst von selbst zu erfüllen.“

Reform der Pflegeversicherung – Zurück auf Los

Beschäftigungsfeindliche Finanzierung und fragwürdige Verteilungswirkungen

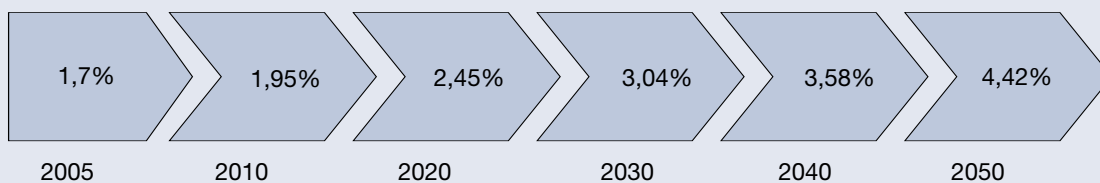
„Nach dem Spiel ist vor dem Spiel“. Mit dieser einfachen Fußballerweisheit lässt sich die Situation der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) treffend charakterisieren. Denn die im vergangenen Jahr in Kraft getretene Pflegereform war nicht dazu geeignet, diesen jüngsten Zweig der deutschen Sozialversicherung auf die Herausforderungen der kommenden Jahre ausreichend vorzubereiten. Zwar wurde erstmals eine geringfügige Leistungsanpassung beschlossen, die langfristige Finanzierungsproblematik fasste man jedoch nicht ins Auge. Wie die aktuelle Studie der Stiftung Marktwirtschaft mit dem Titel „Reform der Pflegeversicherung – Zurück auf Los“ zeigt, steht die Pflegeversicherung daher weiterhin finanziell auf tönernen Füßen, die keine dauerhafte Standfestigkeit gewähren können. Existenzgefährdende Krisen der Sozialen Pflegeversicherung in den kommenden Jahrzehnten sind daher schon heute vorprogrammiert, kritisiert Studienautor Dr. Guido Raddatz den Status quo. Besonders kritikwürdig sind drei, teilweise interdependente Defizite der heutigen SPV:

- Die umlagefinanzierte Pflegeversicherung ist nicht im Geringsten auf die zunehmende Alterung der Bevölkerung und den kommenden Ausgabenanstieg vorbereitet. Angesichts der sich bis zum Jahr 2050 voraussichtlich verdoppelnden Zahl der Pflegebedürftigen auf dann 4,4 Mio. Menschen sowie des im Pflegesektor inhärent bestehenden Kostendrucks sind überproportional steigende Ausgaben jedoch unvermeidlich, will man das Leistungsniveau auch nur einigermaßen konstant halten.

- Mit dem zu erwartenden Ausgabenanstieg wird es ohne weitere Reformen zwangsläufig zu einer deutlichen Erhöhung des Beitragssatzes bei der SPV von heute 1,95% auf über 4% kommen (vgl. Abbildung). Berücksichtigt man, dass mittel- und langfristig Beitragssatzsteigerungen auch in der Rentenversicherung und vor allem in der Gesetzlichen Krankenversicherung unvermeidlich sind, droht so eine massive Beeinträchtigung des Arbeitsmarktes. Die einseitige Anknüpfung der umlagefinanzierten Sozialversicherungen an die Arbeitseinkommen wird den Druck auf die Unternehmen weiter erhöhen, entweder zu rationalisieren oder arbeitsintensive Produktionsschritte gleich ganz ins Ausland zu verlagern.
- Und schließlich kann die SPV auch unter Verteilungsaspekten nicht überzeugen. Sowohl innerhalb einer Generation als auch zwischen den Generationen kommt es zu beträchtlichen „Ungerechtigkeiten“, die nicht zuletzt dem Grundsatz der Gleichbehandlung eklatant widersprechen.

Vor diesem Hintergrund plädiert die Stiftung Marktwirtschaft für eine Pflegereform, die dem demographischen Wandel durch Kapitaldeckung begegnet, die Beiträge vom Arbeitseinkommen entkoppelt, um den Arbeitsmarkt nicht zu erdrosseln, und das Versicherungsprinzip stärkt. Berechtigte Umverteilungsziele sollten nicht innerhalb der Pflegeversicherung, sondern im Steuer-Transfersystem verfolgt werden.

Beitragsentwicklung in der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) bis zum Jahr 2050



Berechnungen von Häcker / Raffelhüschen (2008).



Guido Raddatz

Reform der Pflegeversicherung – Zurück auf Los

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 105, November 2008.

Zum Herunterladen auf: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Generation-D – Wir suchen Ideen für Deutschland

Ideenwettbewerb für Studierende aller Fachrichtungen startet nun ins zweite Jahr

Zum zweiten Mal findet in diesem Jahr GENERATION-D – ein Ideenwettbewerb für Studierende – fächerübergreifend statt, an dem neben der Stiftung Marktwirtschaft auch die Süddeutsche Zeitung mitwirkt. Initiiert hat den Wettbewerb die Bayerische Elite-Akademie in Kooperation mit der Allianz SE.



Ende 2008 wurden die drei besten Ideen im Rahmen eines „Führungstreffens der Wirtschaft“ in Berlin prämiert. Dort erhielten die Teams auch Gelegenheit, ihre Ideen vor potentiellen Geldgebern und Mentoren vorzustellen.

Auch in diesem Jahr suchen wir Teams aus mindestens drei Studierenden, die Ideen für innovative und nachhaltige Projekte und Unternehmen in einer unserer Wettbewerbskategorien entwickeln:

Arbeit, Wirtschaft & Umwelt

- Wirtschaft und Ethik
- Mobilität und Verkehr
- Nachhaltige Geschäftsideen
- Innovative Arbeitswelten

Bildung & Kultur

- Zukunftsweisende Bildungskonzepte
- Kultur in einer ökonomischen Gesellschaft
- Kunst als gesellschaftliches Potenzial
- Persönliche Balance in der Leistungsgesellschaft

Soziale Gesellschaft

- Gesundheit und Gesellschaft
- Lebendige Demokratie
- Herausforderung des demografischen Wandels
- Integration

Wir suchen und fördern mit diesem Wettbewerb Ideen und Projekte, durch die ein konkretes Problem aus einer der drei Wettbewerbskategorien beispielhaft gelöst wird. Dabei ist es freigestellt, ob der eingereichte Beitrag eine freiwillige Initiative ist, ein Verbesserungsvorschlag oder ein neues, interessantes Geschäftsmodell. Es sollte allerdings das Kriterium der Umsetzbarkeit erfüllen. Den Ideen der Teilnehmer sind keine Grenzen gesetzt.



Einsendeschluss ist der 31.07.2009

Die Finalisten werden von einer hochrangig besetzten Jury ermittelt, anschließend werden die Konzepte der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf die Gewinner wartet in diesem Jahr ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 15.000 Euro. Die ausgezeichneten Projekte sollen jedoch nicht in der Schublade verschwinden. Die Stiftung Marktwirtschaft will gemeinsam mit den Projektpartnern dabei helfen, dass die siegreichen Konzepte umgesetzt werden, auch bei der Suche nach geeigneten Sponsoren und Mentoren aus der Wirtschaft wollen wir behilflich sein. Die Süddeutsche Zeitung wird über den Ideenwettbewerb berichten und die prämierten Ideen vorstellen.

Weitere Informationen unter www.gemeinsam-anpacken.de



Die 11 besten Teams bei der Preisverleihung im Hotel Adlon in Berlin im November 2008.

Sieg über die
Kavallerie:
Tatanka
Iyotanka
(Sitting Bull)



Vor genau 133 Jahren siegten unter dem Sioux-Häuptling und Freiheitskämpfer Sitting Bull mehrere Indianerstämme am Little Bighorn (US-Staat Montana) über die ungestüm angreifende 7. US-Kavallerie des profilierungssüchtigen Generals George A. Custer. Sitting Bull hatte sich zunächst um Ausgleich bemüht, aber sich dann gegen Bedrohungen seines Volkes durch staatliche Willkür und verschlechterte politische Rahmenbedingungen aufgelehnt. Ähnlichkeiten zu einer wenig geschichtskundigen Persönlichkeit der Zeitgeschichte sind nicht zufällig, wenngleich es heute kaum um Vertreibung aus Reservaten und dezimierte Büffelherden geht. Aber würde der Bundesfinanzminister sich endlich um Hausaufgaben wie Steuervereinfachung, Rechtssicherheit und Leistungsanreize kümmern, bräuchte er z.B. der Schweiz gar nicht mit dem Einmarsch ausgerechnet der 7. Kavallerie zu drohen ...

Klardenker,
Auto- und
Meister-
Macher:
Martin
Winterkorn



Wissen wir nach 60 Jahren Wohlstand jetzt also, auf welchen Systemstützen auch unsere Zukunftshoffnungen ruhen? Dass Banken „systemrelevant“ sein können (nicht alle!), haben wir noch verstanden. Plötzlich aber ist auch Opel ein „systemischer Konzern“ (Franz Müntefering), Arcandor mit Karstadt laut eigener Aussage „integraler Bestandteil der Versorgungsstruktur in Deutschland“ und Infineon „für die Industrie systemrelevant“ (Aufsichtsratschef Max Dietrich Kley). So viele Fässer, wie jetzt aufgemacht werden sollen, kann der Steuerzahler gar nicht füllen. Da freut man sich über die Klarstellung von VW-Chef Martin Winterkorn: „Der Staat darf nicht zur Rettungsgesellschaft für Firmen werden, denen möglicherweise der Bankrott droht“. Dem ist nichts hinzuzufügen. Oder doch: Herzlichen Glückwunsch nach Wolfsburg zur Fußball-Meisterschaft!

Westfälischer
Schwabe:
Steffen
Kampeter



Selten hat Wahlkampf so wenig seinen Namen verdient. Gekämpft wird kaum, vielmehr wird einfach allen alles versprochen. Die Bundesregierung sorgt für eine neue Rekordverschuldung, die nur teilweise mit der Finanzkrise entschuldigt werden kann. Umso mehr Anerkennung verdienen diejenigen, die in der Ausgabenflut zwischen Hartz-Erhöhen, Rentengeschenken, Gesundheitsfondsfolgekosten und neuen Landwirtschaftssubventionen noch Dämme zu errichten versuchen: die haushaltspolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen, Steffen Kampeter (CDU) und Carsten Schneider (SPD). Schade nur, dass Carsten Schneider nicht auch konsequent für die Schuldenbremse plädieren mochte.

Zu guter Letzt:

*„Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen,
wird am Ende beides verlieren.“*

Benjamin Franklin (* 17.01.1706 † 17.04.1790)